Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 16 (1936-1937)
Heft: 3

Artikel: Der Streit um die Abwertung
Autor: Gertsch, Hans
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-332754

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

wortungsbewußter Politiker eine solche Taktik einschlagen wird. Es kann sich ja nicht darum handeln, persönlich recht zu bekommen und den andern ins Unrecht zu versetzen, sondern es muß bei aller unserer Arbeit darum gehen, aus der gegebenen wirtschaftlichen und politischen Lage das Bestmögliche herauszuholen für das arbeitende Volk. Wir konnten uns auch in der Periode des Abbaus der Löhne und Preise nicht damit begnügen, höhnisch festzustellen, wie diese Politik zum Bankrott der Wirtschaft führte, sondern wir mußten uns mit allen Mitteln dagegen wehren und jedes nur mögliche Bollwerk gegen weitere Verschlechterungen aufrichten. Auch heute kann es nur ein Ziel geben für die wirtschafts- und sozialpolitischen Bestrebungen der Arbeiterbewegung: eine allgemeine Erholung der wirtschaftlichen Verhältnisse herbeizuführen und für das gesamte arbeitende Volk eine Verbesserung seiner Lebenshaltung zu erkämpfen.

Der Streit um die Abwertung

Von Hans Gertsch.

Die Literatur darüber, wie der Ausweg aus den Verstrickungen der Wirtschaftskrise gefunden werden könnte, würde heute, ziemlich genau sieben Jahre nach Einbruch der Weltkatastrophe, einige nicht zu kleine Räume füllen. Dabei handelt es sich aber nur um das *Wie*. Das *Was* steht fest, so lange man im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsgesetzlichkeit bleibt. Von diesem Boden aus ist die Krise nichts anderes als der Rückgang der Profitrate, in katastrophalen Fällen, wie sie im Laufe der letzten Jahre nicht selten waren, ihr vollständiges Verschwinden. Das in der Wirtschaft angelegte Kapital hat einen sehr niedrigen oder gar keinen Ertrag. Das ist die Krise, natürlich nicht ihre Ursache, sondern die Erscheinung selbst. Und der einzige Ausweg aus der Krise besteht, bleibt man auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaft, in der Wiederherstellung der Profitrate. Wo kein Profit, raucht kein Schornstein. Es ist eben das Wesensgesetz des Kapitalismus, daß die Sonderinteressen der Kapitalisten zugleich als Interessen der Allgemeinheit auftreten. Die Wiederherstellung des kapitalistischen Profits ist nicht bloß Interesse der Kapitalisten, sondern solange die kapitalistische Wirtschaft besteht, Voraussetzung des Konjunkturaufstiegs, also Gemeininteresse.

Das vorausgesetzt, bleibt die Frage offen, auf wessen Kosten die Wiederherstellung des kapitalistischen Profits gehen, welche Einkommen gekürzt werden sollen, damit der Profit wiederhergestellt werde. Die beiden Auffassungen, die sich dabei entgegentreten, können als »Deflation« und »Devalvation« zusammengefaßt werden. In der Wirklichkeit sind fast überall Kombinationen dieser beiden Grundtendenzen durchgeführt worden. Immer aber bleibt das Ziel das gleiche: dem in der Wirtschaft angelegten Kapital eine angemessene Verzinsung zu sichern.

Preisschwankungen und Einkommensverteilung.

Die Deflation (so wie der Ausdruck gegenwärtig meist verstanden wird) will die Profitrate durch die Senkung der Produktionskosten erhöhen. Sie will also die Preise der Rohstoffe und der Halbfabrikate senken — aber gerade in diesen Waren ist die Kartellierung häufig sehr weit fortgeschritten, so daß die Preissenkung auf schwer überwindbare Hindernisse stößt. Sie will die Zinslasten der Unternehmungen herabsetzen — aber in der Krise steigt infolge der zunehmenden Unsicherheit der Zinsfuß, die Risikoprämie bei Geldanlagen steigt. Sie will die steuerliche Belastung herabsetzen — aber in der Krise steigen die Fürsorgeausgaben und die politische Unsicherheit in der Welt zwingt zu vergrößerten Militärausgaben. So fällt die Deflation mit voller Wucht auf die Löhne und Gehälter. Sie müssen den Hauptteil der Kostensenkung tragen, durch die die Deflation die angemessene Verzinsung des angelegten Kapitals wiederherstellen will.

Eine allgemeine Senkung der Preise verschiebt die gesamte Einkommensverteilung der Volkswirtschaft. Der Gläubiger, der Rentner werden bereichert, der Schuldner verarmt. Die fixen Lasten der Wirtschaft werden erhöht. Ein wachsender Teil des Ertrages muß zur Verzinsung und Amortisation der Schulden aufgewendet werden. Selbst wenn es also in schweren sozialen Kämpfen gelingt, den Reallohn herabzudrücken, ist damit der Profit noch nicht gesichert, es sei denn, der Lohn und die übrigen beweglichen Kostenelemente würden so stark gesenkt, daß neben der wachsenden Zinslast noch ein angemessener Profit erwartet werden kann. Die Deflation legt also das Schwergewicht der Kostensenkung auf die Löhne und Gehälter, während sie Zins und Profit erhöht.

Die anscheinend gegensätzliche Methode sucht durch eine allgemeine Erhöhung der Preise das gleiche Ziel zu erreichen, nämlich den Profit wiederherzustellen. Auch sie will also das Verhältnis zwischen Produktionskosten und Ertrag zugunsten des letzteren verschieben. Aber zum Unterschied von der Deflation führt die allgemeine Preissteigerung zu einer Einkommensverschiebung, die nicht bloß den Lohn senkt, sondern zugleich eine Reihe anderer Einkommen. Die Last wird also auf eine größere Anzahl von Menschen verteilt. Der Druck auf den Lohn muß daher nicht ebenso stark sein wie im Falle der Deflation. Aber ohne Senkung des Reallohnes geht es auch dabei nicht ab.

Eine allgemeine Preissteigerung setzt alle in festen Geldbeträgen fixierten Einkommen herab. Bleibt der Geldbetrag des Lohnes unverändert, so ändert sich doch sein Realwert. Gleichbleibende Nominallöhne bedeuten in einer Periode der Preissteigerung sinkende Realeinkommen. Ebenso geht der Realwert der Renten, der Schuldsummen usw. zurück. Neben dem Arbeiter trägt daher auch der Rentner, der Sparer, der Gläubiger die Last der Preissteigerung.

In den ersten Krisenjahren hat man fast in allen Ländern die Politik der Preissenkung verfolgt. Es war die traditionelle Krisenbekämpfung. In allen Krisen, über die wir genauer unterrichtet sind, hat die Wiederherstellung der Profitrate den Weg über die Senkung der Produktions-

kosten genommen. In dieser Krise hat die traditionelle Politik aber völlig versagt. Die Preissenkung der Fertigprodukte war so ungeheuer groß, der Widerstand der Kartelle in der Rohstoffindustrie gegen eine Preissenkung ihrer Erzeugnisse so stark, die Schrumpfung des Kreditvolumens in der Welt so gewaltig, daß eine Anpassung an die gesunkenen Preise der Fertigwaren durch Herabsetzung der Produktionskosten nirgends gelungen ist. Sehr bald hat man daher, vor allem in den angelsächsischen Ländern, eine Politik allgemeiner Preissteigerung vorgeschlagen. Als dann im Laufe des Jahres 1931 die internationale Kredit- und Währungskrise ausbrach und eine Reihe von wichtigen Ländern genötigt wurden, den Goldstandard aufzugeben, entdeckte man bald, daß sich die Abwertung der Währung als ausgezeichnetes Mittel für eine allgemeine Preissteigerung verwenden ließ. So ist aus der Preissteigerung schließlich die allgemeine Währungssenkung geworden.

Der Streit um die Abwertung hat nicht weniger als fünf Jahre gedauert. Fast genau auf den Tag fünf Jahre, nachdem das englische Pfund-Sterling abgewertet wurde, haben die letzten Goldblockländer ihren Kampf um die Behauptung des bisherigen Goldwertes ihrer Währungseinheit aufgegeben. Die internationale Wirtschaftskonferenz des Jahres 1933 war noch am Gegensatz zwischen den Abwertungs- und den Deflationsländern gescheitert. Präsident Roosevelt hatte eben damals erkannt, daß eine Politik billigen Kredits, wie sie Hoover im letzten Teil des Jahres 1932 gehandhabt hatte, bei sinkenden Preisen allein nicht ausreichend sei und die Preissteigerung ein unentbehrlicher Teil jeder Krisenbekämpfung sein müsse. So war auch er für die Abwertung gewonnen worden.

Der Goldblock im Todeskampf.

Während die Abwertung den Preissturz in den Abwertungsländern bald zum Stillstand brachte, verschlechterte sich die Situation in den Goldblockländern immer mehr.

In einer ganzen Reihe von Abwertungsländern war der Abwertung keine oder keine nennenswerte Erhöhung der Großhandelspreise und der Lebenskosten gefolgt. Das trifft vor allem auf die Länder des Pfundblocks zu, die kaum auf nennenswerte Rohstoffeinfuhren aus dritten Ländern angewiesen waren und daher keine erhöhten Rohstoffpreise bezahlen mußten. In diesen Ländern war daher auch keine Senkung der Reallöhne zu verzeichnen. Der Verlust des beschäftigten Arbeiters, dessen Lohnsumme unverändert blieb, beschränkte sich also auf die entgangene Senkung der Lebenskosten. Für die Wiederherstellung der Profitrate reichte in diesen Ländern die bald nach der Abwertung eintretende Senkung des Zinsfußes aus, die zugleich durch Konversion die Herabsetzung der Schuldenlast des Staates ermöglichte. Die Wiederherstellung der Profitrate ging also in diesen Ländern vornehmlich zu Lasten des Rentenkapitals, während die Arbeiter nur insoweit getroffen wurden, als ihnen die Vorteile der Senkung der Lebenskosten entgingen.

Diese Abwertungsländer, vor allem Großbritannien, verfolgten eine Politik der Preisstabilisierung, indem sie den Außenwert der Währung so schwanken ließen, daß die Senkung der Weltmarktpreise nur zur Senkung des Außenwertes der Währung, nicht aber zum Druck auf die Inlandspreise führte. Und da die Abwertung in so wichtigen Ländern wie Großbritannien und die Dominions zugleich die Weltmarktpreise in Gold herabdrückte, hatten die Abwertungsländer bis vor kurzem mit dem Problem der Preissteigerung auf dem Weltmarkt nicht viel zu tun. Ihre Konjunkturpolitik konnte sich daher darauf beschränken, die Inlandspreise bei sinkenden Weltmarktpreisen stabil zu halten.

Zugleich aber verschärfte sich der Druck auf die Goldblockländer. Die Devalvationen der wichtigsten Wirtschaftsmächte verstärkten den Preisdruck auf den Weltmarktpreisen. Nur wachsende Zölle, schrumpfende Kontingente, steigende Abschließung ihrer eigenen Märkte konnten einen katastrophalen Preiszusammenbruch auf ihren Inlandsmärkten verhindern, während sich im Schutze der Zollmauern die allmähliche Preissenkung, die sie wünschten, immer schwieriger erwies. Fast auf der ganzen Linie lagen ihre Großhandelspreise hoch über denen der Abwertungsländer. Auf die Dauer konnte diese Spannung nur bei vollständiger Isolierung der einzelnen Goldblockländer von den Abwertungsländern aufrechterhalten werden.

Man hat in allen diesen Ländern darauf vertraut, daß die allmähliche Preissenkung der Goldländer in Verbindung mit einer erhofften Preissteigerung der Abwertungsländer diese Spannung überwinden, den schließlichen Preisausgleich bringen und den Anschluß an den Weltmarkt wieder ermöglichen werde. Sie nahmen mehr oder weniger zuversichtlich an, daß sich das Weltpreisniveau schließlich wieder in einer ähnlichen Höhe bewegen werde wie in den Jahren, die dem letzten Konjunkturaufstieg vorangingen, oder etwas, aber nicht wesentlich tiefer. Aber diese Hoffnung war trügerisch.

In den Inflationsjahren, die dem Kriege folgten, sind die Preise rasch angestiegen. Es wiederholte sich die Erscheinung, die auch nach den neapolitanischen Kriegen erlebt worden war: Die durch Krieg und Inflation überhöhten Preise kehrten erst allmählich wieder auf einen tieferen Stand zurück. Die erste Etappe dieser Preissenkung war die große Deflationskrise von 1920/21. Nach ihr lag das Weltpreisniveau etwa 40 bis 50 Prozent über dem Vorkriegsniveau. Aber diese erhöhten Preise konnten nur durch eine gewaltige Kreditexpansion gestützt werden. Das Kreditgebäude, das sich über der Goldbasis der einzelnen Währungen erhob, war unverhältnismäßig größer und komplizierter als vor dem Kriege. Nur ein neues Kreditsystem von ähnlichem Umfang und ähnlicher Komplikation hätte es erlaubt, daß aus der Kreise ein Preisniveau hervorgehe, das auch nur halbwegs in der Nähe des Vorkrisenniveaus gelegen wäre. Aber nach der fürchterlichen Kreditschrumpfung in den Krisenjahren, nach den bösen Erfahrungen, die man in allen Ländern mit den Auslands- und gelegentlich auch Inlandskrediten gemacht hatte, war ein Wiederaufleben des Kapitalexports in einer der Aufstiegszeit von 1925 bis 1929 halbwegs vergleichbaren

Intensität nicht zu erwarten. Um so mehr, als sich ein Preisanstieg von der Höhe, die zum Ausgleich zwischen Goldblock- und Pfund-Ländern notwendig gewesen wäre, schlußendlich als neue Katastrophe für die Welt hätte erweisen müssen. Er hätte eine Hochkonjunktur mit Ueberinvestitionen eingeleitet, die in einer noch furchtbareren Krise geendet hätte, als die von 1929 es war, der doch stabile Preise vorangingen.

Auf die Dauer blieb also den Goldblockländern nur die Wahl zwischen einer abenteuerlichen Deflation, die die Preisdifferenz hätte beseitigen können, einer lähmenden Absperrungspolitik, oder der Abwertung. Der Dritte Weg, von dem in der letzten Zeit so viel die Rede war, konnte schließlich nichts anderes sein als ein System von Preisstützung und Absperrung.

Es ist mehr als zweifelhaft, ob ein so kleines Land wie die Schweiz eine solche Isolierungspolitik ohne schwerste Einbußen an Lebensstandard und Volksreichtum auf die Dauer hätte ertragen können. Selbst das große Deutschland steht trotz aller offiziellen Propaganda im Zeichen der Senkung des Lebensstandards der Massen. Ob die Demokratie auf die Dauer den wirtschaftlichen Zwangsapparat hätte ertragen können, den eine solche Absperrungspolitik erforderlich gemacht hätte — und den, bei Gott, niemand mit Sozialismus verwechseln soll, selbst wenn die liberale Presse dafür den Namen »Staatssozialismus« erfunden hat — ist mehr als zweifelhaft. Eine bürokratische Wirtschaftsregelung neigt immer auch zu diktatorischen Formen in der Politik.

Zum Glück blieb uns diese Probe erspart. Die Entscheidung kam von der Seite des mobilen Kapitals.

Schon in der Aufstiegsperiode von 1925 bis 1929 hatte die Menge des kurzfristig angelegten, also jederzeit abberufbaren Geldes in der Welt ein Ausmaß erreicht wie nie zuvor. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich hat im Jahre 1931 den Gesamtbetrag auf zehn Milliarden Schweizerfranken geschätzt. Die Kredit- und Währungskrise brachte ein weiteres Wachstum. Das »vagabundierende« Kapital, ständig auf der Flucht vor politischen Konflikten und Währungsmanipulationen, erreichte phantastische Ausmaße. Seine Bewegung verursachte in nicht wenig Fällen erst das Unheil, vor dem es flüchtete. Die Länder, in denen Furcht vor einer Abwertung bestand, litten unter solchen Erscheinungen besonders heftig. Ihr Kapitalmarkt wurde desorganisiert. Der Zinsfuß für langfristige Kredite schnellte in die Höhe. Die Aufnahme größerer Anleihen wurde immer schwieriger.

Alle diese Erscheinungen trafen in den letzten beiden Jahren auch in der Schweiz zu. Selbst der Erfolg der Wehranleihe ist keine Widerlegung, wurde sie doch nicht so sehr als Geschäft, denn als patriotische Tat gezeichnet. Hätte man versucht, auch nach der französischen Abwertung die alte Goldparität des Schweizerfrankens zu verteidigen, so wäre das nur um den Preis weiterer heftiger Erschütterungen des Kapitalmarktes möglich gewesen. Dieser Preis schien der Mehrheit des Bundesrates offenbar zu hoch.

Nach der Abwertung.

Die weitere Entwicklung kann hier nur skizziert werden, um so mehr, als alle wirtschaftlichen Erscheinungen im heutigen Europa entscheidend von politischen Fragen bestimmt werden.

In den Abwertungsländern waren regelmäßig unmittelbar nach der Abwertung rasche, fiebrig anmutende Aufstiegserscheinungen zu verzeichnen, die auf die unmittelbare Ankurbelung durch die Währungssenkung zurückgingen. Eine solche Periode scheinen wir auch eben jetzt in der Schweiz zu erleben. Regelmäßig kam dann ein zeitweiser Rückschlag. Unterdessen machte sich die Senkung des Zinssatzes langfristiger Anlagen bemerkbar. Die Industrie erhielt billigeren Kredit. Die Staatsanleihen konnten konvertiert, ihre Zinslast herabgesetzt werden. Gleichzeitig machten sich die Folgen der Abwertung auch im Außenhandel fühlbar. So trat, in der Regel längere Zeit nach der Abwertung, die Aufstiegsbewegung in normaleren Formen deutlicher in Erscheinung.

Ob auch die Schweiz die Ereignisse in dieser Form und dieser Folge erleben wird, hängt in allererster Linie von der Politik des Bundesrates ab. Gelingt es ihm, die Teuerung in erträglichen Grenzen zu halten, daher die Reallohnsenkung zu beschränken, so wird die Schweiz vermutlich in kurzer Frist an die Weltkonjunktur Anschluß finden. Verbindet der Bundesrat aber die Abwertung mit einer Fortsetzung des Druckes auf die Löhne, so wird die dadurch hervorgerufene starke Senkung der Realeinkommen der breiten Massen (die um so größer sein wird, je mehr der Bundesrat die Preissteigerung zuläßt) die Konjunktur in der Schweiz empfindlich beeinflussen. Denn alle internationalen Erfahrungen stimmen darin überein, daß die Träger der Konjunktur die sogenannten langfristigen Konsumgüter sind, also Häuser (Großbritannien und die Vereinigten Staaten), Automobile, Radio, Grammophone usw. Soll für diese Waren ausreichende Kaufkraft im Lande vorhanden sein, dann müssen die unteren und mittleren Einkommensgruppen geschont werden. Gerade die Reallohnsteigerung, die in England im Laufe der letzten Jahre nach Beginn des Konjunkturaufstieges zu verzeichnen war, hat den Baumarkt belebt und damit die entscheidende Wurzel des dauernden Aufstieges gebildet.

Gelingt es auf diese Weise, das Krisentief rasch zu überwinden, dann kann auch die mit der Abwertung verbundene Reallohnsenkung rasch wieder ausgeglichen werden. Der Konjunkturanstieg wird Lohnsteigerungen ermöglichen, die nach den internationalen Erfahrungen in relativ kurzer Frist nicht bloß die von der Abwertung herrührende Reallohnsenkung ausgleichen, sondern darüber hinaus die Reallöhne erhöhen können.

Als außerordentlich bedeutungsvoll kann sich ferner die internationale Wirtschaftsverständigung erweisen, die Léon Blum eingeleitet hat. Schon jetzt hat sie das überaus erfreuliche Ergebnis gehabt, daß gegen die Abwertung der drei letzten Goldblockländer von nirgendsher Abwehrmaßnahmen getroffen wurden, wie sie beispielsweise noch nach der belgischen Abwertung erfolgten. Darüber hinaus aber

benutzt die französische Regierung diesen Anlaß, um in die furchtbare Mauer, die heute Land von Land trennt, eine Bresche zu schlagen. Niemand kann erwarten, daß nach sieben Jahren zollpolitischer Aufrüstung, die große Interessen an Zöllen und Handelshindernissen entstehen ließ, die Umkehr leicht, noch daß sie rasch sein werde. Niemand kann meinen, daß sich inmitten schwerer politischer Spannungen die internationale Arbeitsteilung, so wie sie vor der Krise war, wiederherstellen lasse. Noch bestimmen militärische Gesichtspunkte die Wirtschaftspoiltik aller Länder, am meisten aber der faschistischen Diktaturen. In einer solchen Welt sind ebenso wie der militärischen, auch der zollpolitischen Abrüstung enge Grenzen gezogen. Ebenso wäre es völlig utopisch, an eine baldige Wiederherstellung des internationalen Goldstandards zu glauben. Sie kann nur das Ergebnis neuer wirtschaftlicher Zursammenarbeit sein, internationaler Beruhigung, die die Wiederaufnahme des Kapitalexportes erlaubt.

Aber selbst innerhalb dieser Grenzen ist jeder Schritt zum Abbau der Zollschranken und zur faktischen Stabilisierung der Währungen eine wesentliche Erleichterung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, vor denen die Schweiz auch nach der Abwertung steht.

Aus der Geschichte des schweizerischen Geldwesens

Von Emil J. Walter.

Vor dem Jahre 1848 herrschte im schweizerischen Geldwesen eine starke Zersplitterung. Das Münzwesen war Sache der Kantone. Schon im 15. Jahrhundert wurden zwischen den einzelnen Kantonen Münzverträge abgeschlossen, die aber dem der metallistischen Geldverfassung entsprechenden Münzwirrwarr und der periodischen Münzverschlechterung nicht beikommen konnten. 1798 sah die Verfassung der *Helvetik* das helvetische Münzregal vor, das aber schon 1803 mit der Rückkehr zur kantonalen Münzhoheit wieder aufgehoben wurde. Die helvetische Regierung hatte durch allzu große Münzgewinne beim Prägen der Scheidemünzen das Vertrauen in eine zentrale Regelung des Münzwesens derart gründlich zerstört, daß erst 50 Jahre später der Grundsatz der eidgenössischen Regelung des Münzwesens siegte. 1815 verschwand auch die Einheitlichkeit des Münzfußes. Kantonale Münzkonkordate vermochten keine Sanierung des kantonalen Münzwesens herbeizuführen. Sie ermöglichten immerhin 1828/33 den Einzug der verhaßten helvetischen Scheidemünzen.

Erst die *Bundesverfassung des Jahres 1848* übertrug die Münzhoheit definitiv dem Bunde. Der betreffende Artikel 36 der Bundesverfassung lautet: »Dem Bunde steht die Ausnützung der im Münzregal begriffenen Rechte zu. Die Münzprägung durch die Kantone hört auf und geht einzig vom Bunde aus.« 1848 liefen nur für 227,000 Franken kantonale Goldmünzen und für 9,7 Millionen Franken kantonale Silbermünzen